

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

155. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. Mai 2011

Antrag 04

Mehr Kostenwahrheit bei Atomstrom

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine gesetzliche Regelung aus, wonach Atomstrom mit einer zusätzlichen Abgabe belastet wird.

Wie die aktuelle Situation in Japan zeigt, können bei AKW-Unfällen die verursachten Schäden in keiner Weise wieder gutgemacht werden. Abgesehen davon, dass Leid und Schmerzen der Opfer sowieso nicht mit Geld aufgewogen werden können, werden auch die materiellen Schäden in keiner Weise abgegolten. So erhält zum Beispiel ein Japaner, der Hab und Gut und seine Heimat verloren hat, nur 8000 Euro als Entschädigungszahlung, was in keiner Weise dem Wert des Verlustes entspricht. Grenzüberschreitende Schäden wie z.B. die Verseuchung des Meeres und des Fischbestandes werden sowieso nicht abgegolten.

Es ist zu erwarten, daß es der österreichischen Bevölkerung bei einem Atom-Unfall in einem der Österreich umgebenden AKWs auch nicht besser ergehen wird als jetzt den Japanern.

Es werden also die Gewinne privatisiert und von den Konzernen eingeheimst, während die Schäden von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Ebenso verhält es sich bei den Kosten der Endlagerung, die noch nicht einmal ansatzweise gelöst ist.

Insofern ist der Atomstrom eine der teuersten Energieformen. Hier ist es notwendig, dass der Gesetzgeber eingreift und mehr Kostenwahrheit schafft, indem er den Atomstrom durch eine Atomenergieabgabe entsprechend verteuert.